Bastian Schlange

DAS EINZIG WAHRE CHECKBUCH THE PARTY OF

Recherchen, Einblicke und Erfahrungen von Deutschlands erster Faktencheckredaktion

KAPITEL 1 – WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

Schon gewusst? Deutschland hat in Sachen Internetzensur "Nordkorea abgehängt" und steht weltweit auf Platz eins. Außerdem ist die Meinungsfreiheit aus dem Grundgesetz gestrichen worden, Kritik an Migration steht unter Strafe, und wer etwas gegen den Islam sagt, muss eine Geldstrafe zahlen oder bekommt sein Kind entzogen.

Schaut man hinter die Fassade vieler Behauptungen im Internet, sind sie so standhaft wie das Vertrauen eines Querdenkers in das Krisenmanagement der Bundesregierung. Was übrig bleibt, hat in seinem Irrwitz bestenfalls Unterhaltungswert.

Nehmen wir die Aussage, Deutschland habe Nordkorea in Sachen Internetzensur von der Spitze der Welt-Zensur-Rangliste vertrieben. Um das zu überprüfen, zieht man die einzelnen Tatsachenbehauptungen heraus und klopft sie auf ihren Wahrheitsgehalt ab. Mit dem Begriff "Zensur" kann eigentlich nur die Indizierung verschiedener Publikationen oder Datenträger gemeint sein, deren Inhalte mit dem Jugendschutzgesetz in Deutschland kollidieren. Prinzipiell sind solche indizierten Datenträger aber nicht verboten. Für Erwachsenen über 18 Jahre sind sie weiterhin erhältlich. Bei der Indizierung handelt es sich also nicht um ein generelles, sondern nur um ein Verbreitungsverbot.

Auf der Liste der indizierten Publikationen befanden sich 2019, als der Beitrag veröffentlicht wurde, 419 Printprodukte. Darunter Broschüren, Comics und Bücher. In die Statistiken der Bundesstelle für jugendgefährdende Medien werden aber auch Datenträger aufgenommen, wenn sie wegen Volksverhetzung, Anleitung zu Straftaten oder Verbreitung kinderpornografischen Materials durch Ermittlungsbehörden beschlagnahmt und verboten worden sind. Insgesamt betraf das im einschlägigen Jahr 807 Trägermedien. Die Aussage, dass über 900 Bücher auf dem Index stehen, kann also nicht stimmen.



Lauter Falschaussagen. Ein Vergleich mit Nordkorea ist nicht möglich. Die Angabe zu indizierten Büchern stimmt nicht, die zu gesperrten Youtube-Videos ist nicht belegbar und irreführend. Der Facebook-Beitrag stammt vom 29. August 2019. (Screenshot: CORRECTIV)

Was aber ist mit den Youtube-Videos?

Wenn ein Video auf Youtube in "Deutschland nicht verfügbar" ist, also nicht angezeigt wird, kann das unterschiedlichste Gründe haben: Urheberrechtsstreitigkeiten, die Veröffentlichung des Videos war vielleicht nur auf bestimmte Regionen begrenzt, es gab Gema-Probleme, oder die Inhalte verstießen gegen Youtube-Richtlinien. Dass Deutschland allerdings Nordkorea in Sachen Internetzensur abgehängt haben soll, ist schon allein deshalb ausgeschlossen, weil Youtube in Nordkorea seit 2016 gesperrt ist. Das Land blockiert seitdem auch Facebook und Twitter. Mit anderen Worten: In Deutschland kann man so ziemlich alles auf Youtube anschauen. in Nordkorea nichts.



Einen Überblick zum Stand der Pressefreiheit gibt jedes Jahr die Organisation Reporter ohne Grenzen. 2022 lag Deutschland nur noch auf Platz 16 im internationalen Vergleich. Hier kannst du dir selbst ein Bild von der Lage machen.

Übrigens: Die QR-Codes in diesem Buch führen häufig zum Internet-Archiv archive.org. Jeder kann dort eine Kopie von Webseiten oder Posts sichern und so vorm Nachbearbeiten oder Löschen schützen. Journalisten nutzen es, um Quellen oder Beweise zu archivieren.

Und nun die letzte Behauptung: Deutschland liegt in Sachen Internetzensur auf Platz eins. Welche Quelle behauptet das? Welche Organisation hat

diese Liste erstellt? Auf der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen, die in der Regel als Standard gilt, stand Deutschland im Jahr 2019 auf Platz 13. Nordkorea belegte in diesem Jahr den vorletzten Platz, Rang 179.

Drei Tatsachenbehauptungen, alle lächerlich falsch.

Auch ein Facebook-Beitrag von 2018 behauptet, dass den Deutschen die Meinungsfreiheit schon lange genommen worden sei: Ab dem 11. Dezember dürfe nur noch positiv über Migration gesprochen werden, steht über der plakativen Schwarz-Weiß-Zeichnung eines Mannes mit Baseball-Cap, der in einer Gefängniszelle sitzt und verzweifelt den Kopf hängen lässt. Weiter heißt es: "Kritik gilt als diskriminierende Hetze und steht unter Strafe." Der Post wurde von der Facebook-Seite Wodans Erben Germanien

– *Division Baden Württemberg "Support"* verbreitet und von dort massenhaft geteilt. Artikel mit ähnlichen Behauptungen veröffentlichten zur selben Zeit rechte Medien wie *Philosophia Perennis* ("UN-Migrationspakt will Kritik an Migration unter Strafe stellen") und *Freie Welt* ("Kritik verboten: UNO-Migrations-Pakt darf in den Medien nicht kritisiert werden").

Die Wahrheit dahinter: Am 10. Dezember 2018 wurde offiziell der UN-Migrationspakt angenommen. Der Pakt ruft Staaten dazu auf, Hasskriminalität wie Hassrede gegen Migranten unter Strafe zu stellen. In Deutschland war das aber schon längst der Fall und ist im Strafgesetzbuch klar definiert. Pauschal von "Kritik" ist in dem Gesetz aber nirgends die Rede. Vor Beginn der Coronapandemie war es gerade das Thema Migration, das sich durch viele Falschmeldungen zog und mit immer neuen Lügen gefüttert wurde. Eine der Falschbehauptungen: Der CDU-Politiker Peter Tauber soll gefordert haben, "Asylkritikern ihre Grundrechte zu entziehen". Tatsächlich hatte Tauber in einem Gastbeitrag für die *Welt* anlässlich des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke gefordert, Artikel 18 des Grundgesetzes – den Entzug der Grundrechte – gegen Verfassungsfeinde anzuwenden. Und nicht gegen "Asylkritiker".

Das ist schon etwas mehr als nur ein feiner Unterschied, den der ein oder andere Populist und Hetzer bisweilen übersieht.

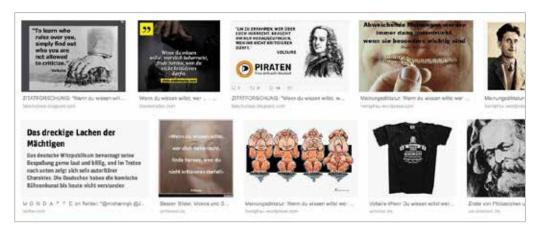
Ähnlich bei der nächsten Behauptung: Angela Merkel wolle "Asylkritiker" mit Kindesentzug bestrafen. Wieder eine mutwillige Verdrehung: Die Falschmeldung bezieht sich auf einen Artikel des Deutschen Anwaltvereins, der erklärte, dass ein Elternteil sein Umgangsrecht mit seinem Kind verlieren könnte, wenn es das Kind durch seine politische Gesinnung direkt gefährde. Der Asylkritiker wurde frei hineininterpretiert, und mit Angela Merkel hatte das alles rein gar nichts zu tun.

Die folgende Internetbehauptung hatte dagegen rein gar nichts mit Hitler zu tun: Das Portal *Schweizer Morgenpost* schrieb in einem Artikel Anfang 2018, dass das Grundgesetz in Deutschland geändert und dabei die Meinungsfreiheit abgeschafft worden sei. Geldstrafen von bis zu 50 Millionen Euro drohten Webseiten, wenn sie "angebliche Hassrede" nicht sofort entfernten. Der tausendfach geteilte Artikel verortete den Ursprung dieses Gesetzes – wie sollte es auch anders sein? – bei den Nationalsozialisten. Es sei bezeichnend für den "Rechtsruck der etablierten Parteien", heißt es in dem Artikel, und orientiere sich an einer Anweisung aus dem Dritten Reich, mit der Adolf Hitler die Beleidigung von Muslimen streng verboten habe.

Was unlogisch klingt, ist auch totaler Blödsinn: Das Grundgesetz wurde nicht geändert. Und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), auf das sich die Behauptung wahrscheinlich bezieht, trat bereits am 1. Oktober 2017 in Kraft. Darin findet sich unter anderem die Vorschrift, dass Betreiber von Sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter in der Regel "einen offensichtlich rechtswidrigen Inhalt innerhalb von 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde" entfernen oder den Zugang zu ihm sperren müssen. Der Bußgeldrahmen bei Verstößen liegt für juristische Personen (also für die Unternehmen, die die Plattformen betreiben, wie zum Beispiel der Megakonzern Meta) bei bis zu 50 Millionen Euro. Hitler

hatte damit nichts zu tun, die Nazis dafür aber mit der nächsten Falschbehauptung.

"Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, finde heraus, wen du nicht kritisieren darfst." Dieses angebliche Zitat des Philosophen Voltaire geisterte durch die Sozialen Netzwerke und sorgte in Foren, auf Spruchkarten und sogar auf T-Shirts für Aufruhr. Es stammt aber in Wirklichkeit nicht von dem französischen Aufklärer, sondern von einem den Holocaust leugnenden Neonazi aus den USA.



Eine Falschbehauptung mit großer Reichweite: Amazon verkauft T-Shirts mit dem falschen Voltaire-Zitat. Die Piratenpartei war auch darauf reingefallen und bot Sticker mit dem Spruch an. (Screenshot: CORRECTIV)

Lügen ergeben oft die besseren Storys. Das mag ein Grund für ihre Verbreitung sein. Aber hinter dem mantrahaften Wiederholen einer Falschbehauptung steckt auch ein Kalkül: Hört man ein Narrativ nur oft genug, kann es sich im Kopf verfestigen. Ist man also ständig der Falschbehauptung ausgesetzt, in Deutschland herrsche ein Kritikverbot, kommt man womöglich auf die Idee, dass man manche Dinge in Deutschland nicht mehr sagen dürfe, dass man für einige Äußerungen sogar bestraft werde und die Meinungsfreiheit eingeschränkt sei.

Psychologen nennen es den Illusory Truth Effect, die Wahrheitsillusion: Die ständige Wiederholung überzieht noch das Absurdeste mit einem Hauch von Wahrhaftigkeit. Die Illusion entsteht dabei durch unsere Gedächtnisprozesse. Der Mensch strukturiert sein Weltwissen in einer Art Mindmap, ordnet dabei Erfahrungen und Vorstellungen wie die daraus resultierenden Werte und Einstellungen in semantischen Netzwerken an, in die neue passende Informationen eingefügt werden. Wahrheit ist

in diesen Verknüpfungen zweitrangig, das Ziel ist Einklang. Außerdem beansprucht die kognitive Verarbeitung einer Information geringeren Aufwand, wenn man sie schon einmal gehört hat.

"Wir wissen, man kann Menschen selbst die abstrusesten Dinge einreden", sagt der Neurowissenschaftler Henning Beck, "wenn man die eben oft genug wiederholt." So habe zum Beispiel der ehemalige US-Präsident Donald Trump mit seiner Lüge vom großen Wahlbetrug aus Sicht der Rhetorik alles richtig gemacht, sagt Beck. Im Interview des Deutschlandfunks erklärt er, wie der psychologische Mechanismus der Wahrheitsillusion funktioniert: Erkennt unser Gehirn viele ähnliche Informationen, dann interpretiert es diese Häufigkeit als Wichtigkeit und blendet andere Informationen zunehmend aus. Besonders, wenn wir verunsichert sind und nicht mehr wissen, was wir noch glauben sollen, sind wir anfällig für diesen Fehlschluss. Dann nehmen wir eine vermeintliche Erklärung für die komplizierte Situation eher an.



Wie es zum Sturm aufs Kapitol kommen konnte, wer maßgeblich die Kriegstrommeln schlug und welcher US-Milliardär im Hintergrund die Fäden zog, liest du in Kapitel 2, Abschnitt: Der Spalter.

Bei Trumps Lüge vom großen Wahlbetrug hat es funktioniert: Sogar ein Jahr nach dem Sturm auf das Kapitol akzeptierte nur eine knappe Mehrheit von 55 Prozent der Amerikaner, dass Trumps Nachfolger Joe Biden die Wahl 2020 rechtmäßig gewonnen hatte. Weitere 26 Prozent gaben an, dass sie Biden nicht als rechtmäßigen Sieger anerkennen, so das Ergebnis einer Umfrage von Axios-Momentive im Januar 2022. 16 Pro-

zent der befragten Amerikaner sagten, dass sie sich nicht sicher seien. Und das, obwohl zahlreiche Ermittlungen Trumps Betrugsvorwürfe eindeutig als Lügen entlarvt haben.

Das Narrativ, dass nicht mehr alles in der Öffentlichkeit gesagt werden könne, scheint auch in Deutschland zu greifen: Laut einer Allensbach-Umfrage von 2021 hält fast die Hälfte der Deutschen die Meinungsfreiheit für bedroht. Nur 45 Prozent der Befragten haben noch das Gefühl, die politische Meinung könne frei geäußert werden. Das Institut für Demoskopie Allensbach schreibt, das sei mit Abstand der niedrigste Wert, seit es im Jahr 1953 zum ersten Mal danach gefragt habe.

Rein rechtlich ist die freie Meinungsäußerung so lange geschützt, wie sie nicht mit allgemeinen Gesetzen kollidiert, niemand beleidigt, verleumdet oder erniedrigt wird, sie die Jugend nicht gefährdet oder jemand den Schrecken und die Gewalt des Dritten Reichs billigt, rechtfertigt oder gar verherrlicht.

Neben der rechtlichen gibt es aber noch eine soziale Komponente der Meinungsfreiheit.

An vielen Stellen in diesem Buch fließt meine Meinung mit ein, persönliches Erleben und auch ein Teil meiner Geschichte. "Willst du wirklich so viel von dir preisgeben?", fragte mich eine Kollegin aus dem Faktencheck-Team, nachdem sie das Vorwort gelesen hatte. Sie warnte vor Reaktionen im Netz, vor Diffamierungen und Angriffen auf mich und meine Tochter. Heißt das, ich kann doch nicht alles offen sagen, was ich möchte?

Ein Beispiel, das den Umgang der Querdenker- und Verschwörungsszene mit der Meinungsfreiheit veranschaulicht: "Wenn der Faschismus wiederkehrt", titelt die Internetseite ich-habe-mitgemacht.de, "wird er nicht sagen: ,Ich bin der Faschismus.' Nein, er wird sagen: ,Ich rette euch vor einem Virus." Die Webseite bezeichnet sich als ein "privates Dokumentationszentrum für Corona-Unrecht". Dort liest man: "Da die Täter von heute ab morgen jegliche Beteiligung abstreiten werden, gilt es Beweisstücke zu sammeln, um den einen oder anderen Zivilisationsbruch der Vergessenheit zu entreißen. (...) Die kundige Öffentlichkeit ist deshalb aufgerufen, eklatante Beispiele für Übergriffigkeiten, menschenverachtende Formulierungen und Drangsalierungen maßgeblicher Personen in Parlamenten, Behörden, Universitäten, berufsständischen Organisationen, Medien, Krankenhausverwaltungen und anderen Institutionen zur Registrierung und Publizierung anzumelden." Auf der Seite findet sich eine Namensliste von Personen, die sich öffentlich positiv über die Coronaschutzmaßnahmen geäußert haben oder kritisch zur Querdenker-Bewegung und Impfverweigerung. Die Liste reicht vom Wissenschaftler über die Triathletin, den Schulleiter und die Politikerin bis zur Zeitungsvolontärin. Sogar Mick Jagger und der Papst stehen drin.

Im Netz wird die Liste unter den Hashtags #ichhabemitgemacht oder #wirvergessennicht ständig weitergeführt. In den Kommentarspalten unter den Pranger-Posts brodelt der Zorn der Querdenker: "Ich vergesse nie wie wir ausgegrenzt, diffamiert, beleidigt und wie Verbrecher behandelt worden sind!!! Nie werde ich das vergessen!", schimpft eine Userin. Der Nächste steigert sich weiter rein: "So sehen Sie aus, unsere Nazi Schergen...... und keiner entkommt der gerechten Strafe." Es sind noch vergleichsweise gemäßigte Kommentare, die aber die Tür öffnen für zwei typische Narrative von Querdenkern, Verschwörungsgläubigen und Rechten.

Erstes Narrativ: Sie sind Opfer – zumindest sehen sie sich selbst so. Ihnen wird der Mund verboten. Für ihre Aussagen werden sie ausgegrenzt,

geächtet, und von der Gesellschaft wird ihnen schlimmes Leid angetan. Dabei kämpfen sie in ihren Augen nur für die Freiheit, den Frieden und das Beste für Deutschland. Diese Verdrehung ist bezeichnend. Demonstrierende schreien "Diktatur", während sie zu Tausenden die legalen Proteste gegen Coronaschutzmaßnahmen in Superspreading-Events verwandeln. Deutsche Medien gelten ihnen als korrupte Propagandaschleudern des Staates. Die Staatsmedien Russlands feiern sie dagegen als unabhängige, freie Presse. Dabei drohen Journalisten dort bis zu 15 Jahre Haft, sollten sie im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine Begriffe nutzen wie "Angriff", "Invasion" oder "Kriegserklärung". Als kleine Krönung fordern Querdenker mittlerweile Entschuldigungen von Politik und Medien ein, weil nicht jeder Ungeimpfte gestorben ist, lassen aber unter den Tisch fallen, dass die tausendfachen Impftode, die sie selbst prophezeit hatten, ausgeblieben sind. Es ist meist ein selbstgerechtes Messen mit ungleichem Maß.

Für die Meinungsfreiheit bedeutet das oftmals: Sie existiert für Verschwörungsgläubige, Rechte und Querdenker ganz – oder eben gar nicht. Dürfen sie nicht ungehemmt Lügen über angeblich katastrophale Impffolgen, Coronaverbrechen und die neue Weltordnung verbreiten, können sie ihre Meinung nicht frei äußern. Dürfen sie nicht ungezügelt gegen Migranten und Ausländer hetzen, ist es in Deutschland nicht mehr möglich, alles zu sagen. Dürfen sie den Holocaust nicht leugnen, leben sie in einer Diktatur.

Dabei ignorieren Verschwörungsgläubige, dass Beleidigungen, Hetze, Drohungen und Übergriffe, also Taten, die Gesetze klar verbieten, nicht gleichzusetzen sind mit Kritik und Gegenrede, die das Grundgesetz schützt. Sie höhlen Begriffe wie "Meinungsfreiheit" oder "Diktatur" aus und instrumentalisieren sie für ihre Argumentationsketten. Wenn ich mir ein Terrorregime herbeifantasiere, das mich gängelt und quält, kann ich nichts glauben, was von offiziellen Stellen kommt. Dann ist aus diesem Opferstatus heraus jede Form von Ablehnung und Widerstand gerechtfertigt. Ergo: Mir bleibt gar nichts anderes übrig, als mich weiter zu radikalisieren – als die Verbindungen zur Außenwelt zu kappen und mich in meiner Blase einzuschließen, um von dort aus den Kampf gegen ominöse Eliten zu führen, die angeblich die Strippen ziehen.



Du interessierst dich für die gesamte Studie? Hier findest du die Untersuchung zu #Hass im Netz.

Zweites Narrativ: Wir vergessen nicht, wir vergeben nicht. Einerseits ertragen Verschwörungsläubige kaum Widerrede zu eigenen Ansich-

> ten – dass Meinungsfreiheit nicht Widerspruchsfreiheit heißt, verdrängen sie oft –, andererseits greifen sie Andersdenkende offensiv an. "Eine hasserfüllte Minderheit versucht, eine Meinungshoheit vorzutäuschen", heißt es in der Studie "**#Hass**

im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie". Und weiter: "Eingeschüchtert von der Übermacht solcher Kommentare schrecken zahlreiche Nutzer*innen davor zurück, ihre politische Meinung online zu vertreten." Sogenannte Hate Speech, also das Anfeinden, Beschimpfen und Abwerten im Netz, gefährdet die Meinungsfreiheit in einer Demokratie. Campact e.V., ein Verein, der sich unter anderem gegen Hate Speech positioniert, hat die Studie in Auftrag gegeben. Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) befragte im April und Mai 2019 dafür über 7.000 Menschen online: Jeder zweite Befragte sagte, seltener im Netz zu seiner politischen Einstellung zu stehen und zu diskutieren, weil er Angst vor Anfeindungen habe. Zwei von drei Personen, die schon mal im Netz Anfeindungen und Hasskommentare erfahren hatten, litten darunter. Jeder Dritte sprach von Stress, Abgeschlagenheit und Lustlosigkeit, Angst und innerer Unruhe. Jeder Fünfte sogar von Depressionen. Jeder Siebte trug seine Probleme mit auf die Arbeit oder in die Schule. Ein Großteil der Befragten war sich sicher: Durch den Hass im Netz verändere sich auch, was man außerhalb, im echten Leben, sagen könne und was nicht.

Wenn Menschen aus Angst vor Hetze und Hate Speech bestimmte Meinungen nicht mehr öffentlich äußern, bezeichnet man das als Silencing. Dieses Gefühl beanspruchen viele Seiten für sich: alte, weiße Männer, die sich von einer woken Szene gemaßregelt fühlen, Winnetou-Liebhaber oder Gender-Gegner (und natürlich auch -Gegnerinnen) ebenso wie metoo-Opfer oder Opfer von Missbrauch innerhalb der Kirche. Man muss allerdings differenzieren: Silencing kann unbewusst aus sozialem Druck und den Dynamiken des Netzes entstehen oder koordinierten, strategischen Aktionen von Gruppierungen entspringen.



Du willst dir die Datenauswertung im Detail anschauen? Kein Problem.

Diese Unterscheidung ist wichtig: "Der Diskurs in vielen Kommentarspalten auf Facebook ist kein Abbild der Gesellschaft, sondern wird von

Sympathisanten extremistischer und verfassungsfeindlicher Organisationen bestimmt", schreibt die Autorengruppe der Analyse "Hass auf Knopfdruck – Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz", die

1,6 Millionen Posts in Sozialen Netzwerken wie Twitter und Facebook im Zeitraum von Februar 2017 bis Februar 2018 untersucht hat. Im Zuge der Datenauswertung habe sich gezeigt, dass viele Kommentarspalten von Accounts dominiert würden, die einen rechten bis rechtsextremen Hintergrund hätten. "Es handelt sich in vielen Fällen um gezielte Versuche, Politiker, Journalisten und Aktivisten unter Druck zu setzen und einzuschüchtern." Gemessen an der Anzahl aller Nutzer sei es nur eine kleine Gruppe von Accounts, die oft inhaltlich und zeitlich koordiniert Hasskommentare produzieren, pushen und verbreiten würde. Hinter der Analyse stehen

ichbinhier e.V., ein weiterer Verein, der sich gegen Hate Speech positioniert, und der Thinktank Institute for Strategic Dialogue (ISD).

Was heißt das nun? Auch wenn die Meinungsfreiheit rechtlich geschützt ist, können öffentlicher Druck und konkrete Anfeindungen sie einschränken. Diejenigen Gruppen, die am Narrativ bauen, man könne nichts mehr frei sagen, haben oftmals aktivistische Truppen, die tatsächlich dafür sorgen, dass eine Atmosphäre der Einschüchterung entsteht. Äußert man Ansichten, die diesen selbst ernannten Verfechtern der Meinungsfreiheit missfallen, stößt man nicht nur auf Widerspruch, sondern ist potenziell Stalking, Doxing, also dem Veröffentlichen persönlicher Daten, und sogar Morddrohungen ausgesetzt.

Dem CORRECTIV-Team passiert dies regelmäßig. Denn:



HIER SETZEN WIR AN

Wir von CORRECTIV spüren Falschbehauptungen nach, stellen uns ihren Erzeugern entgegen und decken ihre Netzwerke auf. Wir machen

> gemeinnützigen Journalismus, das heißt, wir sind spenden- und stiftungsfinanziert und arbeiten gemeinwohlorientiert. Uns geht es nicht um Profit, sondern um Aufklärung. Wir wollen der Gesellschaft nutzen und helfen, Vertrauen in den Journalismus zurückzugewinnen. Seit 2014, unserem Gründungsjahr, liegt unser Schwerpunkt auf langfristigen Investigativrecherchen.

Wer finanziert CORRECTIV? Welche Stiftungen unterstützen gemeinnützigen Journalismus? Was zahlen uns Facebook oder Twitter? Wir machen unsere Finanzen transparent.

> Im Jahr 2017 kam CORRECTIV. Faktencheck hinzu, als eigenständiges Team in unserem Redaktionskosmos. Es war die erste Faktencheck-Redaktion in Deutschland, die eine Kooperation mit Facebook einging, um auf der Social-Media-Plattform Desinformation zu bekämpfen.

Die Kolleginnen und Kollegen geben Workshops, teilen Wissen und treiben internationale Faktencheck-Allianzen voran. Das Team umfasst mittlerweile mehr als ein Dutzend Journalistinnen und Journalisten. Vier von ihnen werde ich dir hier vorstellen.



man warnte Euch, Eure Drecksfinger von Unseren Thread's bei Facebook zu lassen! (...)

Eure Adresse in Essen ist wohlbekannt!

Wir bieten euch hiermit an irgendwann zu Euch zu kommen und Eure Dummköpfe und Drecksfinger so lange mit der vor Euch vorhandene Tischplatte in Kontakt zu bringen, bis Eure Hirne bzw diese eine Hirnzelle mehr als die eines Huhnes... so aktiviert sind, evtl sogar ein paar mehr, bis Ihr

l: entweder vernünftige, unabhängige, nicht "bestochene" und damit verfälschte Recherchen hervorbringt, oder

2: Wir dem Unsrigen Angebot folge leisten und Euch eigenhändig zur Vernunft bringen! Wann Wir das erledigen, werdet Ihr niemals erfahren!!! DAS wird dann die Oster/Weihnachtsüberraschung zugleich werden.

Mail vom 24. März 2021 an CORRECTIV. Faktencheck.

Die Mailadresse und der Name lassen vermuten, dass der
Absender ein Mann ist, überprüfen konnten wir das nicht.





TILL ECKERT (31)

Till Eckert ist die Faust. Meist mitten ins Gesicht. Zumindest fühlt sich so ein Großteil seiner Sätze an. Reflektiert und unkonventionell sind seine Gedankengänge, häufig gewürzt mit einer Prise Wut und Idealismus. Unkonventionell war auch Eckerts Weg in den Journalismus. Weder Studium noch Abitur stehen in seinem Lebenslauf. Nach der Mittleren Reife ging es zum Bund. Er verpflichtete sich für neun Jahre, brach aber nach vier Jahren ab. Die Strukturen dort hätten ihm eine freie Entfaltung unmöglich gemacht. Besser fühlte sich dagegen die Zeit an, die er anschließend als freier Reporter bei der *Schwäbischen Post* in Aalen verbrachte. Lokaljournalismus direkt bei den Menschen.

Die Zeit habe ihn geprägt, sagt Eckert, aber auf Dauer war ihm Aalen zu klein. Also ging er nach Berlin und landete beim Online-Magazin ze.tt des Zeitverlags. Dort machte er erste Investigativrecherchen. Im März 2019 fing er bei CORRECTIV an und leitete während der Pandemie mit Echtermann das Faktencheck-Team. Mittlerweile ist er für CORRECTIV als Investigativreporter unterwegs. Undercover ging er zum Beispiel auf eine Veranstaltung der AfD im Bundestag oder legte ein bundesweites Netzwerk von Coronaleugnern und Maßnahmengegnern offen. Für seine Arbeiten wurde er unter anderem mit dem Deutschen Reporter:innen-Preis ausgezeichnet. Neben ausgedehnten Fahrradtouren boxt er in seiner Freizeit. Für die Seele, wie er sagt.



"Wir wurden als Gesellschaft nie wirklich dazu ausgebildet, was es heißt, medienkompetent zu sein. Wir wurden auch nicht dazu ausgebildet, was es eigentlich heißt, gesund zu kommunizieren. Was ist überhaupt Kommunikation?

Viele Menschen verstehen nicht das Konzept von einer gesunden Kommunikation, von Vulnerabilität, von Demut, von Sich-Zurücknehmen, von aktivem Zuhören, von Sich-in-die-Köpfeder-anderen-Versetzen. Einfach mal nicht nur Reiz-Reaktion spielen, sondern Dinge wirken lassen, nachdenken und dann erst reagieren.



Das wurde uns nie beigebracht. Es gab keine Schulfächer im Sinne von: So spricht man, so argumentiert man, das ist eine Diskussion, das ein Argument, ein Diskurs, eine Debatte, das ist Streit, und Streit ist gesund. Das hat nie im real-life practice stattgefunden. Viele Menschen sind immer noch der Überzeugung, dass das alles – der Streit, die Spannungen – ganz schlimm und negativ ist. Aber das ist es ja nicht. Nur die Art und Weise, wie es gerade geschieht.

Die verbale Aufrüstung ist in vollem Gange.
Und das ist das, worauf sich unsere Gesellschaft einstellen muss in den kommenden Jahren. Die Stimmung wird angespannter, wird
aggressiver werden. Ich glaube nicht, dass wir
so einfach zurückgehen können in die Zeit vor
der Pandemie."





WIR HETZEN DER MEDIENENTWICKLUNG	
HINTERHER	91
(LOKAL-)ZEITUNGEN VERLIEREN AN AUFLAGE	
UND BEDEUTUNG	93
PSEUDOJOURNALISTISCHE LÜCKENFÜLLER	95
NEUE SPIELER AUF DEM PLATZ	96
WIE SOZIALE NETZWERKE	
DESINFORMATION ERMÖGLICHEN	98
BLEIBEN UND WOHLFÜHLEN	100
MASSGESCHNEIDERTE MANIPULATION	104
KONKRETER ANGRIFF: CAMBRIDGE ANALYTICA 2016	105

KAPITEL 3 – INFOKRIEG IN KRISENZEITEN



"Im ersten Coronajahr hatten wir Gespräche mit Steffen Seibert, dem damaligen Regierungssprecher, in denen wir ihm gesagt haben, was passieren müsste, damit sich etwas ändert.

In ihrer Verzweiflung suchen die Menschen nach Halt. Die finden sie in diesen neuen Desinformationsangeboten, die während der Pandemie entstanden sind, auf Webseiten, in Telegram-Kanälen, bei Organisationen, in Gruppen.

Plötzlich haben wir Söhne, die mit ihren Vätern streiten, weil die ausschließlich dieses Zeug lesen, Arbeitskolleg:innen, die abdriften, Paare, die sich trennen. Ich musste mit einem guten Kumpel tatsächlich darüber diskutieren, ob Bill Gates schlimmer ist als Hitler.

Der Nebel der Desinformation vergiftet uns.

In jedem Interview, in jedem Podcast haben wir gesagt: Wir brauchen ein flächendeckendes Schulfach Medienbildung. Wir haben es die ganze Zeit gebetsmühlenartig wiederholt. Zwei Jahre lang.

Irgendwann sitzt du da und fragst dich: Wieso reagiert der Staat nicht? Ich hab das als gigantische Belastung empfunden. Diese Unfähigkeit, vielleicht auch der Unwille der Regierung, der Stellen, der Behörden zu reagieren. Mein Kopf hat sich angefühlt, als stecke er in einer Kneifzange. Hier der Schmerz, Familien zu sehen, die zerbrechen, eine Gesellschaft, die auseinanderdriftet. Dort der Schmerz, dass die Verantwortlichen nicht in der Lage waren, vernünftig zu reagieren.

Dieses Gefühl der Ohnmacht hat mich lange begleitet."

Till Eckert, CORRECTIV. Faktencheck

WIR HETZEN DER MEDIEN-ENTWICKLUNG HINTERHER

Die Entwicklung der Medien ist rasant. Bei jedem technischen Fortschritt verändert sich mit dem Medium auch die Form, in der wir Informationen übertragen und vermittelt bekommen. Damit gehen jedes Mal neue, ungewohnte Wege einher, über die uns andere beeinflussen können. "Im Grunde genommen haben wir derzeit eine große Lücke in unserer Gesellschaft", sagt Alice Echtermann, Leiterin von CORRECTIV.Faktencheck. "Der technische Fortschritt und die Sozialen Netzwerke haben sich schneller entwickelt als die Medienkompetenz. Die älteren Generationen, die ursprünglich nichts mit dem Internet zu tun hatten, wurden quasi über Nacht mit den Sozialen Netzwerken konfrontiert. Sie hatten aber nie gelernt, damit umzugehen."

Diese technischen Evolutionssprünge sind nicht neu. Schon immer gab es sie. Und jedes Mal traf ein neues Medium auf Menschen, die darauf nicht vorbereitet waren. Die zum Teil überrollt wurden und nicht einmal ahnten, wie ihnen geschah. Eine ideale Situation für Ideologen, die diese Techniken zu nutzen wissen – heute wie auch schon früher.

Die Nationalsozialisten bewiesen sich schnell als Medienprofis. Mit dem Radio reichten ihre Sendungen in nahezu jede Wohnung. Aus dem "Volksempfänger" dröhnten lautmalerische Reden und schrille Töne, als ständen der Reichskanzler oder Propagandaminister direkt auf dem Wohnzimmertisch. Ein deutlich intensiveres Erlebnis als das nüchterne Schwarz-Weiß von Zeitungen und anderen Druckwerken. Die Propaganda erklomm ein damals noch nicht gekanntes Level.

Egal, ob Telegrafen oder Fernsehgeräte – neue Kanäle bedeuten neue Übertragungswege für Informationen, bedeuten neue Möglichkeiten zu lügen.

Schauen wir uns also an, wie sich die Verbreitung von Nachrichten mit dem Internet und den Sozialen Netzwerken verändert hat.

Bis zur Jahrtausendwende waren in der Medienwelt fast ausschließlich hierarchische Varianten von Sender-Empfänger-Beziehungen üblich, die nur eine Richtung bei der Übermittlung von Nachrichten kannten. Medienhäuser wie Verlage und Sendeanstalten konnten an ein Massenpublikum senden. Leserinnen und Hörer wussten, wofür die Medienhäuser

standen. Das heißt etwa, eine Marke wie die *Welt*, die *WAZ*, das *Handels-blatt* oder die *FAZ* verbreitet Nachrichten an ihre Lesenden. Die Lesenden können diese aufgrund des Images und der Haltung der jeweiligen Zeitung bewerten. Bei der *taz* weiß ich ebenso, was mich erwartet, wie bei der *BILD*.

Die Medienhäuser hatten ein Monopol bei der Verbreitung von Nachrichten an sehr viele Menschen. Die vorherrschende Kommunikationsbeziehung war dabei one-to-many, wie man im Englischen sagt. Ein Sender richtet sich an viele Empfänger. Durch immer neue technische Möglichkeiten ist seit der Jahrtausendwende aber Konkurrenz aufgetaucht. Webseiten sind selbst für technische Laien immer einfacher einzurichten, Blogsysteme entstanden und Videoportale für jedermann, schließlich Soziale Netzwerke und Messenger, die zum Teil in ihren Funktionen und Möglichkeiten den Netzwerken ähneln. Diese Kanäle haben den privaten Austausch bereichert und ermöglichen kleineren Gruppen und Szenen in der Gesellschaft, ihr Nischenpublikum zu erreichen. Aber mehr noch: Sie haben Many-to-many-Kommunikation bei der Verbreitung von Nachrichten zu einem wichtigen Faktor gemacht – viele Sender, viele Empfänger. Das Monopol der Medienhäuser ist ins Wanken geraten, und damit ihre Gatekeeper-Funktion. Sie haben immer weniger Einfluss darauf, welche Informationen ein Massenpublikum erreichen.

Wie aber entsteht Glaubwürdigkeit in der Many-to-many-Kommunikation? Was halten Social-Media-Nutzende für wahr, wenn sie auf eine Nachricht stoßen oder sie sogar selbst verbreiten? Die Marke eines Medienhauses verliert als Qualitätssiegel bei dieser Einschätzung immer mehr an Bedeutung. Dafür machen nun soziale Beziehungen und persönliche Nähe Nachrichten glaubwürdiger. Wenn eine Freundin, der Bruder oder sein Kumpel eine Nachricht weiterleitet, sorgt dies für einen Vertrauensvorschuss. Warum sollten einem Menschen, die man kennt und mag, Falsches aufs Smartphone schicken? Warum sollten sie einen belügen?



Verbreiter von Desinformation setzen genau auf diese Vertrauensketten.

Und das ist klug.

"Um die Zukunft gestalten zu können, sollten wir wissen, wo wir heute als Gesellschaft stehen" – so eröffnet die More-in-Common-Studie. Sie identifiziert sechs Typen deutscher Bürgerinnen und Bürger: die offenen auf der einen Seite; die wütenden, die für nationale Ordnung stehen, für Systemschelte und Misstrauen, auf der anderen. Willst du mehr wissen? Folge dem QR-Code.

Wie eine Befragung der Sozialforschungsgruppe More in Common ergab, genießen Angehörige und Freunde mit Abstand das größte Vertrauen, wenn es darum geht, "richtige und ehrliche Informationen zu erhalten". Und so beziehen sich Beiträge mit Desinformationen auch häufig auf den Freund oder die Freundin eines Freundes. Weil der oder die zum Beispiel bei der Polizei oder in einem Krankenhaus arbeite und deswegen genau wisse, dass sich

die Vergewaltigung ereignet habe oder die Intensivstationen überhaupt nicht überfüllt seien mit Covid-Patienten. Die Bekannten der Freunde des Freundes teilen die Falschnachricht dann einfach weiter. Weil sie der Vertrauenskette mehr Glauben schenken als den Massenmedien und gesichtslosen Institutionen.

Der Journalismus hat in dieser Nachrichtenkette seine Deutungshoheit verloren. "Jeder kann sein eigenes Programm machen und ein Millionenpublikum erreichen", sagt der Journalist und Autor Michael Bröcker. "Das ist nicht vergleichbar mit professionellem Journalismus, aber vielen jüngeren Nutzern reichen die persönlichen 'Influencer' in ihrem Bekanntenund Freundeskreis als 'Nachrichtenquelle' aus."

(LOKAL-)ZEITUNGEN VERLIEREN AN AUFLAGE UND BEDEUTUNG

Seit der Jahrtausendwende spüren klassische Verlage schmerzhaft die Konkurrenz aus dem Internet. Anzeigenkunden wandern zu Angeboten im Netz ab, den Zeitungsverlagen fehlt Geld. Statt sich aber auf die neuen Gegebenheiten und Anforderungen veränderter Mediennutzung jüngerer Leserinnen und Leser einzustellen, haben viele Verlage mit Einsparungen reagiert – teils mit radikalem Umbau ihrer Redaktionen.

Entweder haben sie die Arbeit in zahlreichen Städten und Gemeinden eingeschränkt, haben Lokalredaktionen geschlossen oder ganze Blätter eingestampft. Oder sie verwalten den Mangel so schlecht, dass eine kompetente Berichterstattung vor Ort kaum möglich ist. Doch was passiert, wenn Lokalredaktionen verschwinden und Redaktionen nur noch in großen Verlagshäusern zu finden sind, versteckt hinter Pförtnern und Aufzügen im x-ten Stockwerk?

Ich habe jahrelang in den Redaktionen der *Ruhr Nachrichten* gearbeitet, der *WAZ* und der *BILD Ruhrgebiet*. In keiner schaute je eine Leserin oder ein Leser vorbei. Entweder gab es eine Chipkarte oder einen Wächter am Eingang, manchmal auch beides. Daran musste man vorbei, um ins Gebäude zu kommen. Wie ich zu einer Redaktion fand, ohne mich zu verlaufen, hatte ich oft erst nach Wochen gelernt. Auf die Redaktion zu treffen war also ein beschwerlicher Weg. Auf der anderen Seite schien aber auch niemand vom Team wirklich an Austausch interessiert zu sein. Die Arbeitstage hatten in der Regel zehn Stunden, trotzdem wurde man abends nur mit dem Nötigsten fertig. Wann sollte man denn mit den Leserinnen und Lesern Gespräche führen und ein Gefühl für ihre Probleme bekommen?

Die Folge: Redaktionen, Journalistinnen und Journalisten und ihr Publikum entfremden sich voneinander. Man kennt sich nicht mehr, die klassische Lokalredaktion verliert Vertrauen und damit ihre Bedeutung als erste Anlaufstelle für die Probleme ihrer Leserinnen und Leser vor Ort. Wegen des fehlenden Dialogs mit den Menschen (und häufig auch wegen mangelhafter Diversität in vielen Redaktionen) werden lebensnahe Themen nicht mehr erkannt und ganze Bevölkerungsgruppen vernachlässigt. Deswegen schreiben Redaktionen an den Lesenden vorbei. Und die Themen der lokalen Medien spiegeln kaum noch die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger wider.

Die Folge: Enttäuschte Leserinnen und Leser kündigen Abos, die wirtschaftliche Grundlage der Medien bricht zunehmend weg, Redakteurinnen und Redakteure werden entlassen. Und die Spirale dreht sich weiter: Es wird noch weniger über das Leben im Lokalen berichtet, noch mehr Themen fallen weg, und noch mehr Leser kündigen. Ein Teufelskreis.

Dass gerade Lokalmedien Relevanz im Leben vieler Bürgerinnen und Bürger verlieren, ist verheerend. Sollten sie doch eigentlich am nächsten am Bürger dran sein. Wie eine weitere Befragung der Sozialforschungsgruppe More in Common ergab, genießen sie in der Medienpalette noch immer das größte Vertrauen – vor den Öffentlich-Rechtlichen, den überregionalen Zeitungen oder Magazinen.

Diese Entfremdung bricht Risse zwischen Publikum und Journalisten auf. Verstärkt noch durch das Narrativ von der "Lügenpresse" – dass Journalisten die Wahrheit im Dienst der Mächtigen verzerren und verfälschen. Diese Risse wissen Populisten für sich zu nutzen, darunter Politiker genauso wie alternative Medienmacher.

"Wenn gewisse Themen nicht mehr angesprochen oder gescheut werden, werden sie von anderen gekapert – das ist in der Politik wie im Journalismus so", sagt CORRECTIV.Faktencheckerin Sarah Thust. "Viele Bürger fühlen sich nicht mehr repräsentiert, zurückgelassen und wenden sich in ihrem Frust Populisten und politischen Extremen zu. Und das ist eine wichtige Erkenntnis. Desinformation verbreitet sich da, wo Information fehlt oder nicht verstanden wird, wo Fragen offenbleiben oder erst gar nicht gestellt werden. Es lässt sich klar erkennen: Wo Medien nicht zielgenau berichtet haben oder gar keine Berichterstattung stattfindet, setzt Desinformation an und gedeiht. Schlechter Journalismus hilft der Desinformation."

IMPRESSUM

DAS EINZIG WAHRE FAKTENCHECKBUCH

Recherchen, Einblicke und Erfahrungen von Deutschlands erster Faktencheckredaktion

1. Auflage April 2023 ISBN: 978-3-948013-23-3 Gedruckt in Lettland / Livonia Print / Riga

Autor: Bastian Schlange

Layout: JetLag

Cover und Kapiteltrenner: Lurchi

Lektorat und Textredaktion: Robert Pitterle und Ariel Hauptmeier

Faktencheck: Matthias Bau

Fotos: Ivo Mayr

www.correctiv.org

Kontakt: verlag@correctiv.org

Büro Essen: Huyssenallee 11, 45128 Essen **Büro Berlin:** Singerstr. 109, 10179 Berlin

Copyright © 2023

CORRECTIV – Verlag und Vertrieb für die Gesellschaft UG
(haftungsbeschränkt)

Huyssenallee 11, 45128 Essen

Handelsregister Essen, HRB 26115

Geschäftsführer: David Schraven